



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 12.04.2010

Niederschrift

über die **3. Sitzung (1. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 01.02.2010, 13:05 Uhr bis 15:02 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Anwesend waren:

Stellv. Vorsitzende

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
---------------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	(bis 14.56 Uhr)
Herr Michael Neubert	SPD	(für RM van Geffen)
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Helmut Jung	CDU	(für RM Bartsch)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	(für RM Waddey)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	(bis 14.57 Uhr)
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke
------------------	-----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(bis 14.59 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU	
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen	

Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	(bis 14.57 Uhr)
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
--------------------	---

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
Herr Dr. Norbert Reinkober	Geschäftsführer NVR

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
-------------------------	-----------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-----------------------	---

Herr Horst Ladenberger

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik

Stellvertretende Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann eröffnet die 3. Sitzung/1. Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2009 – 2014 und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist sie darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 5.3 Ausbau der Rheinuferstraße (B 51) im Bereich der zukünftigen Querung 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
3763/2009
- 7.3 Ersatzverkehr während der Baumaßnahmen im Zuge der Linie 5
0351/2010
- 7.4 Bahnknoten Köln - zukünftiger Infrastrukturausbau
- mündlich –

Zu TOP 7.4 werde Hrn. Dr. Reinkober, Geschäftsführer des NVR, eine kurze Präsentation vortragen; es werde gebeten, diesen TOP vorzuziehen.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des

Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-
Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2010
5273/2009

5.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mitteilung über eine Kostenerhöhung bei den Ausbaugewerken, Zustimmung zur Vergabe sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
5350/2009

5.3 Ausbau der Rheinuferstraße (B 51) im Bereich der zukünftigen Querung 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
3763/2009

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2009
5072/2009

7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2009
5074/2009

7.3 Ersatzverkehr während der Baumaßnahmen im Zuge der Linie 5
0351/2010

- 7.4 Bahnknoten Köln - zukünftiger Infrastrukturausbau
- mündlich -

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Autofreier Tag
Anfrage des RM Tull
- 8.2 Infomonitore der KVB
Anfrage des SE Arenz

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Le-naupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2010
5273/2009**

BG Streitberger weist darauf hin, dass aufgrund einer erneuten Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt (14) die Gesamtkosten nun 2.303.455,06 € betragen und der Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend modifiziert werden müsse. Eine abschließende Zustimmung von 14 stehe noch aus; gleichwohl bitte er den hiesigen Ausschuss um ein Votum, da die Maßnahme zeitdringlich sei.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, fügt ergänzend hinzu, dass der Dissens mit 14 hinsichtlich der LED-Beleuchtung unter dem Bahnsteig und der filigranen Bauausführung des Bahnsteigs noch nicht ausgeräumt sei. Sofern der hiesige Ausschuss diese Maßgaben aufrecht erhalte, bitte er dies heute zu bekräftigen bzw. ergänzend zu beschließen.

RM Möring bestätigt die seiner Zeit diskutierten Maßgaben des hiesigen Ausschusses. Es sei sehr hilfreich und von Interesse, wenn 14 eine Stellungnahme abgebe; im vorliegenden Fall plädiere jedoch auch seine Fraktion, dieser nicht in Gänze zu folgen.

Entsprechend diesen Ausführungen stellt stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) / Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Um-

rüstung der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße – **Variante mit Ladezone und zusätzlichen Parkplätzen auf der Südseite** - in Form eines Mittelbahnsteiges mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von **2.303.455,06 EUR**. Der Rat ist einverstanden, dass zur Wahrung von Fristen das Ausschreibungsverfahren, d.h. die Veröffentlichung der Ausschreibung unabhängig der genannten Vorbehalte, eingeleitet werden darf.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von 1.000.000,00 EUR an investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010.

mit dem Zusatz:

Entgegen der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes wird empfohlen, die stadtraumverträgliche Gestaltung und filigrane Bauausführung des Bahnsteiges sowie die Beleuchtung unter dem Bahnsteig beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mitteilung über eine Kostenerhöhung bei den Ausbaugewerken, Zustimmung zur Vergabe sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadt-bahnvertrages 5350/2009

BG Streitberger und Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, erläutern die wesentlichen Details der Beschlussvorlage.

RM Möring dankt seitens der CDU-Fraktion allen Beteiligten für die sehr sorgfältige und umfassende Prüfung der Einsparmöglichkeiten. Generell sei seine Fraktion der Auffassung, dass sehr sparsam gewirtschaftet werden müsse, da ggf. noch andere Kostensparten zu erwarten seien. Gleichwohl müsse bei der Gestaltung der Haltestellen, die bereits in einer frühen Ausschreibungsphase reduziert worden sei, ein gewisser Qualitätsstandard für eine attraktive Stadtbahnverbindung gehalten werden. Die CDU-Fraktion plädiere daher für den Verwaltungsvorschlag und die Einsparungen nicht in vollem Umfang zu realisieren.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt RM Tull kritisch an, dass es in den letzten Jahren eine Abfolge von Vorlagen gegeben habe, die unglaubliche Kostensteigerungen beinhalteten. Im Jahr 2000 – noch vor dem Baubeschluss - ging man von Kosten i.H.v. 630 Mio. € aus; diese lagen schon weit über der ursprünglichen Kostenkalkulation von 500 Mio. DM. Mittlerweile liegen die Kosten bei 1,04 Mrd. €. Die vorliegende Verwaltungsvorlage präsentiere nun weitere Mehrkosten i.H.v. ca. 22 Mio. € für die 1. Baustufe. Sie halte es für ein Armutszeugnis, dass auf einer völlig falschen Kalkulation ein derartiger Beschluss seiner Zeit herbeigeführt wurde; der volkswirtschaftliche Schaden sei nun nicht mehr zu beheben. Notgedrungen müsse der hiesige Ausschuss jedoch der Vorlage zustimmen, da Alternativen nicht vorhanden seien.

SE Arenz führt aus, dass er die Argumentation der Verwaltung (Seite 3 der Vorlage) hinsichtlich des Brandschutzes, der zusätzlichen Notstromaggregate und des vollautomatischen Betriebes nicht nachvollziehen könne.

Herr Höhn erläutert, dass die Brandschutzaufgaben kontinuierlich verschärft werden und nicht erst seit dem Brand am Düsseldorfer Flughafen in 1996; zudem steigen auch die Anforderungen an einen reibungslosen Betrieb ständig, so dass die Notstromaggregate nachträglich eingeplant wurden. Die Ausführungen zum vollautomatischen Betrieb bezögen sich lediglich auf den automatischen Betrieb des Stellwerks, hier handele es sich um ein Missverständnis.

Für die FDP-Fraktion bedauert RM Kirchmeyer, dass der Standard auf ein Minimum reduziert werde. Ihre Fraktion sei darüber hinaus nicht bereit, an technischen oder brandschutztechnischen Einrichtungen zu sparen, so dass sie der Vorlage zustimmen werde. Bezug nehmend auf die von RM Tull aufgeworfene Kritik an der Kostenentwicklung weist sie darauf hin, dass die ursprüngliche Kostenschätzung zu alt sei, um sie heute als Grundlage zu nehmen. Zudem seien die Entscheidungsfindungen zu lang; der folgende Tagesordnungspunkt beispielsweise werde nun bereits seit über einem Jahr ohne Ergebnis diskutiert.

RM Möring stellt klar, dass es sich seiner Zeit bei den Beschlussfassungen zum Bau der Nord-Süd Stadtbahn nicht um eine detaillierte Kostenkalkulation sondern vielmehr um eine Kostenschätzung gehandelt habe. Die Kollegen, die beispielsweise auch im Aufsichtsrat der KVB die Kostenentwicklung im Detail über die Jahre hinweg verfolgt haben, könnten sich sicherlich sehr genau daran erinnern, welche Ereignisse bzw. welche Sachverhalte zu diesen Kostensteigerungen geführt haben. Zu keinem Zeitpunkt seien Kostensteigerungen jedoch aufgrund von Planungsfehlern verursacht worden. Wenn sich im Laufe der Zeit beispielsweise herausstelle, dass ein Stellwerk an anderer als geplanter Stelle sinnvoller oder notwendiger sei, sei dies etwas, was sich im Erkenntnisprozess entwickle und nicht im Vorhinein bekannt sei. Zudem seien die Auflagen, die in der Tat im Laufe des Verfahrens hinzu gekommen sind, erheblich. Er könne allen Beteiligten ein Zeugnis ausstellen, dass trotz der Kostenerhöhung das Gesamtprojekt mit großer Sorgfalt und Verantwortung abgewickelt wurde.

Auch im Hinblick auf die folgenden Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 und die in Rede stehende Kostenentwicklung bittet RM Moritz um Mitteilung, wie sich vergleichbare U-Bahn-Projekte in anderen Städten darstellen bzw. wie der Preis pro Kilometer in Köln im Verhältnis zu anderen Städten sei.

Herr Höhn greift den U-Bahnbau in Amsterdam auf und berichtet, dass das dortige Kostenvolumen bei 3 Mrd. € liege, die Strecke jedoch nur ca. 0,5 km länger sei als die Hiesige. Er sagt zu, bei Interesse die Daten von weiteren Vergleichsprojekten vorzulegen.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann führt seitens der SPD-Fraktion aus, dass die Zustimmung zur Beschlussvorlage nicht leicht falle; gleichwohl überzeuge die Argumentation der Verwaltung. Im Gegensatz zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen halte sie den Bau der Nord-Süd Stadtbahn aus verkehrlicher Sicht – trotz aller Tragik und der Folgen – für richtig. Wünschenswert sei für die Zukunft und somit für die weiteren Bauabschnitte, dass der hiesige Ausschuss schneller und vor allem regelmäßiger informiert werde. Sie bitte in diesem Zusammenhang um Auskunft, ob und ggf. welche besonderen Risiken die 3. Baustufe noch bergen könne.

BG Streitberger erläutert, dass die 3. Baustufe den Vorteil habe, dass sie oberirdisch verlaufe. Es müsse jedoch erheblicher Grunderwerb getätigt werden; zudem bestehe die unangenehme Notwendigkeit, Häuser abzureißen. Herr Streitberger erinnert an die vor einem Jahr eingebrachte Vorlage, nach der die 3. Baustufe auf die KVB über-

tragen werden sollte. Diese wurde jedoch angesichts des Unglücks am Waidmarkt zurückgezogen. Die Verwaltung stehe nun kurz davor, eine vergleichbare Vorlage einzubringen. Sehr intensiv bemühe sich die Verwaltung auch um eine städtebauliche Integration des Projektes. Die Kostenschätzung für die 3. Baustufe belaufe sich auf 34 Mio. € und er sehe derzeit auch keinen Anlass, hiervon abzuweichen. Ggf. könne allerdings zu einem späteren Zeitpunkt ein etwas stärker gesicherter Betrag genannt werden.

Abschließend stellt Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Vergabe der Ausbaugewerke durch die KVB zu und nimmt die nach Submission entstandenen Mehrkosten in Höhe von 21.722.000,- € zur Kenntnis.

Die Mehrkosten in Höhe von 21.722.000,- € sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 21.722.000,- € im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 Ausbau der Rheinuferstraße (B 51) im Bereich der zukünftigen Querung 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn 3763/2009

BG Streitberger erläutert kurz den Inhalt der Verwaltungsvorlage und geht hierbei auch auf die Historie dieser Thematik ein. Aktuell habe sich auch durch die Verzögerung des Baus des Bergungsbauwerkes am Waidmarkt ein weiteres Entscheidungszeitfenster ergeben, da immer noch nicht absehbar sei, wann die 1. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn fertig gestellt sei; die KVB gehe vom Jahr 2014 aus. Die Verwaltung traue sich somit zu, in diesem Zeitfenster die seiner Zeit aus zeitlichen Gründen verworfene Lösung einer Unterfahrung der Rheinuferstraße mit der Stadtbahn vorzuschlagen. Hierzu bedarf es keines neuen Planfeststellungsverfahrens sondern lediglich einer Planänderung. Diese Lösung sei innerhalb der Verwaltung und darüber hinaus auch auf Landesebene sehr intensiv diskutiert worden. Bei den letzteren Gesprächen wurde deutlich, dass es zwar einerseits eine hohe Sympathie für diese Lösung auch bei den Zuschussgebern gebe jedoch andererseits eine Erhöhung der Zuschussung nicht in Aussicht gestellt werden konnte. Das Projekt, 1. bis einschließlich 3. Baustufe, sei mit 752 Mio. € Zuschussmitteln gedeckelt. Gleichwohl habe die Verwaltung nun diese mit allen Beteiligten ausgiebig erörterte Vorlage eingebracht, jedoch in dem Bewusstsein, dass letztendlich das große Risiko eines anderen Wertes der standardisierten Bewertung und somit einer Rückzahlung von Zuschüssen nicht vollends ausgeschlossen werden könne. Betonen möchte er, dass alle Beteiligten die vorgeschlagene Tieflage der Stadtbahn unter den gegebenen Umständen - trotz aller auch in der Vorlage dargestellten Risiken - als die beste Lösung erachten. Den Auto-

tunnel hingegen empfehle die Verwaltung explizit nicht, da die Kosten nicht geringer seien als beim Bau eines Stadtbahntunnels und der Autotunnel zudem den größeren Eingriff in die Vegetation an der Rheinuferstraße und den Stadtgrundriss darstelle.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, fügt ergänzend hinzu, dass die KVB die von der Verwaltung präferierte Lösung nicht mittrage. Es handele sich sicherlich um die städtebaulich beste Lösung, jedoch habe die KVB eine andere Risikoeinschätzung insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und den Zeitbedarf. Weitergehende Ausführungen bittet er den Anlagen der Verwaltungsvorlage zu entnehmen.

Für die SPD-Fraktion stellt stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann fest, dass diese noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sei. Sie beantrage daher, die Vorlage ohne Votum in die morgige Ratssitzung zu verweisen. Sehr enttäuscht sei sie, dass seitens des Landes keinerlei Möglichkeiten gesehen werden, die Stadt bei diesem wichtigen Verkehrsprojekt zu unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Regierungspräsident sich Ende vergangenen Jahres eher anderslautend geäußert habe. Sie bitte um Auskunft, ob diese Absage endgültig sei, da auch ihre Fraktion den Stadtbahntunnel unter den gegebenen Umständen und was die verkehrlichen Fragen angehe als beste Lösung erachte. Bedenken müsse man jedoch auch die dargestellten Risiken und offenen Fragen wie beispielsweise auch die nach der zeitgleichen Inbetriebnahme der 1. und 2. Baustufe; sie habe da gewisse Zweifel. Von Interesse sei auch, welche Folgen die Kosten von 57 Mio. € für den städtischen Haushalt haben.

BG Streitberger berichtet, dass der Oberbürgermeister in der vergangenen Woche nochmals den Ministerpräsidenten sehr eindringlich angeschrieben habe, zumal dieser bei einem vorangegangenen Gespräch seine Sympathie für die nun vorgeschlagene Lösung geäußert habe. Für die Umsetzung der veränderten Planung der 2. Baustufe rechne er ca. fünf Jahre; dies sei jedoch ein sehr ehrgeiziges Ziel. Hinsichtlich der Konsequenzen für den städtischen Haushalt stellt er dar, dass von den Kosten i.H.v. 57.000.000 € 3.700.000 € abgezogen werden können, da diese im Rahmen der laufenden Baumaßnahme bereits finanziert seien, jedoch an Planungskosten 5.000.000 € veranschlagt werden müssen, so dass von einer bereinigten Summe von 59.000.000 € auszugehen sei. Eine jährliche Belastung des städtischen Haushaltes auf dieser Basis würde somit 4.130.000 € pro Jahr für die Dauer von 34 Jahren betragen.

Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt RM Tull fest, dass es sich hier um eine sehr ehrliche Vorlage handele, die gut informiere. Gleichwohl sei sie überrascht, dass ernsthaft vorgeschlagen werde, die Tieflage der Stadtbahn umzusetzen. Da sowohl das Land als auch der Bund keinerlei Fördermittel zur Verfügung stellen und die Risiken zu schwer wiegen, halte sie eine Zustimmung zu dieser Verwaltungsvorlage für fahrlässig.

SE Arenz teilt mit, dass die Fraktion Die Linke.Köln den Verwaltungsvorschlägen Tunnelvarianten und sechsspurigen Ausbau ablehnend gegenüberstehe, da stattdessen der ÖPNV gefördert werden sollte, d.h. sie plädiere für Alternative 2.

Für die FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass die Ausführungen der vorliegenden Verwaltungsvorlage im Wesentlichen bereits seit einem Jahr bekannt seien und sie bedauere, dass die Entscheidungsfindung so lange andauere. Sie unterstütze trotz der Diskrepanz zwischen Verwaltung und KVB den Beschlussvorschlag; dem Vorschlag, die Vorlage ohne Votum zu verweisen, verschließe sie sich jedoch auch nicht.

RM Möring schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an. Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Tull betont er, dass auch die CDU-Fraktion die Risiken sehe,

jedoch zu dem Schluss komme, dass diese zu Gunsten einer sehr guten und realisierbaren Lösung letztendlich in Kauf genommen werden können. Er räumt ein, dass auch die von seiner Fraktion eingebrachte Variante eines Straßentunnels im Grunde genommen ein „Notbehelf“ sei; da die Entscheidung in der morgigen Ratssitzung jedoch ungewiss sei, werde dieser Antrag weiterhin aufrecht erhalten. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die seiner Zeit diskutierte Variante über den Bayenthalgürtel aus seiner Sicht bereits damals zu einem Kosten-Nutzen-Faktor von unter 1 geführt hätte. Hinsichtlich der von der KVB vorgetragenen Risiken legt er dar, dass diese durchaus nachvollziehbar seien; derjenige, der baue, möchte ungern den „Schwarzen Peter“ für etwaige Verzögerungen haben oder für sonstige Probleme die Haftung übernehmen. Gleichwohl vertraue er der Verwaltung in ihrer Aussage, dass eine Herstellung der 2. Baustufe in der veränderten Form bis 2014 möglich sei. Die nun zur Diskussion stehende Investition beschleunige zwar nicht den ÖPNV, optimiere jedoch den Mix der Verkehrsangebote insgesamt. Den Ausführungen des Beigeordneten zu der Belastung des städtischen Haushaltes könne er nicht in Gänze folgen; er komme auf eine jährliche Belastung von 3,6 Mio. €.

RM Kron merkt an, dass die in der Vorlage genannten Kosten der verschiedenen Varianten und auch des Straßentunnels zum Teil nur auf groben Kostenschätzungen basieren, nicht alle Varianten bereits die Planungskosten beinhalten und es insofern nur ungefähre Richtwerte sein können.

SE Joisten spricht die denkbare nicht gleichzeitige Inbetriebnahme der 1. und 2. Baustufe und somit die drohende Zuschussrückzahlung an. Er bitte um nähere Aussagen.

Den Widerspruch des RM Möring aufgreifend legt BG Streitberger dar, dass er seiner vorsichtigen Berechnung 6 % Zinsen und 1 % Tilgung zugrunde gelegt habe. Zudem räumt er ein, dass nicht alle Varianten im Planungsstand gleich weit fortgeschritten seien; der sechsspurige Ausbau sei in der Tat bereits weitestgehend geplant, so dass bei dieser Maßnahme auch eine aktuelle Kostenschätzung vorhanden sei. Die nicht gleichzeitige Inbetriebnahme der beiden Baustufen sei ein Risiko, das keiner der Beteiligten vorhersehen könne; hierauf habe die Verwaltung in der Vorlage jedoch hingewiesen. Bei einer Planänderung müssen die Zuschüsse für die 2. Baustufe zurückgezahlt werden; werden jedoch anschließend wieder ausgeschüttet, da sie aus den Gesamtkosten herausgerechnet werden können.

RM Moritz erinnert an die Historie dieses Projektes und weist darauf hin, dass die einzig querungsfreie Variante der Nord-Süd Stadtbahn die seiner Zeit von ihrer Fraktion eingebrachte Lösung gewesen sei. Der jetzt vorhandene immense Zeitdruck wäre nicht entstanden, wenn das Problem bereits vor Jahren angegangen wäre. Verärgert sei sie nun auch über das zögerliche Agieren der Verwaltung in dieser Sache. Bereits am 10.02.2009 sei die Verwaltung beauftragt worden, Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer Reduzierung des Individualverkehrs auf der Rheinuferstraße führen. Die Rheinuferstraße sei bereits jetzt hoch frequentiert und ein Nichtstun führe unweigerlich zu einem Verkehrschaos. Intensiv auseinandersetzen müsse man sich auch mit der Frage, wie Umwegverkehre durch Zollstock etc. vermieden werden können. Zudem sollte die Attraktivität des ÖPNV in diesem Bereich überprüft und ggf. optimiert werden, um den Individualverkehr zu reduzieren.

BG Streitberger bestätigt, dass die Notwendigkeit bestehe, kontinuierlich am Verkehrssystem der Stadt zu arbeiten. Die Rheinuferstraße sei nun nach dem kürzlich erfolgten Ausbau leistungsfähiger geworden; sollte jedoch in der Tat nochmals aufgrund von Verkehrszählungen überprüft werden. Er sagt zu, den Beschluss vom 10.02.2009 aufzugreifen und entsprechendes zu veranlassen.

SB Schiele nimmt Bezug auf die Appelle des RM Moritz und erinnert an eine Diskussion des hiesigen Ausschuss vor zwei Jahren. Damals habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Aufweitung der Bonner Straße plädiert; der Verkehr sollte vielmehr auf anderen Wegen geführt werden. Seine Fraktion habe für diese Haltung kein Verständnis und plädiere auch bei der anstehenden Entscheidung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Abschließend stellt stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann fest, dass der Vorschlag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, die Zustimmung aller Fraktionen finde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2009 5072/2009

Die Mitteilung wurde bereits zur vergangenen Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2009 5074/2009

Die Mitteilung wurde bereits zur vergangenen Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Ersatzverkehr während der Baumaßnahmen im Zuge der Linie 5 0351/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur vergangenen Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, bietet an, bei Interesse die Ersatzverkehre in einer der folgenden Sitzungen im Detail vorzustellen.

7.4 Bahnknoten Köln - zukünftiger Infrastrukturausbau - mündlich -

Herr Dr. Reinkober trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema vor (s. Anlage zur Niederschrift).

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann verweist auf den allen Ausschussmitgliedern vorliegenden Resolutionstext. Da jedoch noch Beratungsbedarf

signalisiert wurde, schlägt sie vor, diesen erst in die morgige Ratssitzung einzubringen.

Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Autofreier Tag Anfrage des RM Tull

BG Streitberger teilt mit, dass die Vorlage zum autofreien Tag voraussichtlich in der kommenden Sitzung vorgelegt werden könne.

8.2 Infomonitoring der KVB Anfrage des SE Arenz

SE Arenz berichtet, dass nach Erzählungen eines sehbehinderten Bürgers aus Porz die Informationsmonitore an Bushaltestellen nicht immer die korrekten Linien ankündigen. Zudem seien die sehr häufigen Warnungen „Stau“ aus seiner Sicht insbesondere in den Abendstunden nicht glaubhaft.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass die Anlagen relativ neu seien und ggf. im Einzelfall noch nachjustiert werden müssen. An hoch frequentierten Haltestellen mit gleich fünf Buslinien wie Porz-Markt könne es vorkommen, dass sich Überschneidungen hinsichtlich der Linienankündigungen ergeben. Das Problem für Sehbehinderte und Blinde sei bekannt und bereits ausgiebig erörtert worden; Abhilfe könne hier jedoch nur durch das Befragen des Busfahrers nach der Liniennummer geschaffen werden. Die Stauankündigungen können nach seiner Einschätzung hingegen aufgrund der Baustellen im Innenstadtbereich – beispielsweise Chlodwigplatz oder Alteburger Wall – durchaus der Realität entsprechen.

SE Arenz teilt diese Einschätzung nicht.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann schlägt vor, dass die KVB ggf. noch eine schriftliche Stellungnahme nachreicht.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez.

Susana dos Santos Herrmann
(stellv. Ausschussvorsitzende)

gez.

Angela Krause
(Schriftführerin)